

# Welten prallen aufeinander

Hitzige Debatte: CDU-Kreisverband diskutiert über Erneuerbare Energien

**Photovoltaik, Windkraft und Biogas: drei Wege, um Strom alternativ zu erzeugen. Unter dem Motto „Erneuerbare Energien – eine sichere Alternative?“ lud die CDU zu einer Debatte. Das Thema spaltet.**

JONAS SCHÖLL  
RAMÓN CORPAS

**Wolpertshausen.** „Soll das die Zukunft sein?“ steht auf dem Faltblatt, das Karl Reichart im Saal verteilt. Der Zettel zeigt schwarze Windräder, die neben einer Kirche in den Himmel ragen. Seit 40 Jahren ist Reichart CDU-Mitglied und versteht die Welt nicht mehr: „Erneuerbare Energie ist volkswirtschaftlicher Unfug: Sie ist zu teuer und kann den Bedarf nicht decken.“

„Wo haben Sie denn diesen Blödsinn her?“ entgegnet Gerhard Kreuzt, Vorsitzender der Energie-Initiative Kirchberg. Der Klimaschutz gebiete einen kompletten Umstieg auf alternative Energien. Anders gehe es nicht, denn „Atomkraft ist gefährlich und das Öl wird knapp.“

„Erneuerbare Energien – eine sichere Alternative?“ – Unter diesem Motto lud der CDU Kreisverband Schwäbisch Hall zu einer öffentlichen Diskussion. Rund 50 Interessierte waren der Einladung in den Goldenen Ochsen gefolgt.

„Ein brisantes Thema“, bemerkte Thorsten Hiller (CDU), Leiter des

**„Wo haben Sie denn diesen Blödsinn her?“**

„Arbeitskreises Energie“ zu Beginn. Er sollte recht behalten: Anhänger und Gegner von Ökostrom lieferten sich Wortgefechte. Das Thema spaltet. Zuvor führte Professor Marcus Mattis, der Kommunen und Unternehmen in Energiefragen berät, ins Thema ein: Das größte Problem beim Ökostrom sei, dass er bislang nicht hinreichend gespeichert werden könne.

Die Energiemenge, die durch



Am Thema „Erneuerbare Energien“ scheiden sich die Geister: Unter den Teilnehmern der Diskussionsrunde im „Goldenen Ochsen“ gibt es Gegner und Befürworter von Ökostrom.

Foto: Jonas Schöll

Sonne und Wind gewonnen werde, unterliege großen Schwankungen. So werde beispielsweise an einem sonnigen Tag mehr Strom erzeugt als benötigt. Wiederum werde von Windkraftträdern zu wenig Strom erzeugt, wenn kein Wind weht. „Als Industrienation braucht Deutschland aber Sicherheit in der Stromversorgung“, bekräftigte Mattis.

Die Forderung der Grünen, den Strombedarf bis ins Jahr 2030 komplett mit regenerativer Energie zu decken, verwarf der Energieexperte: „Das ist unrealistisch.“ Vielmehr solle die Frage lauten, wie sich Strom sparen ließe: „Energieeffizienz muss in den Mittelpunkt. Warum wird im Zimmer geheizt, wenn die Kinder in der Schule sind?“

„Die Debatte ist viel zu rückwärts gewandt“, bemängelt Joachim Flügel aus Crailsheim. „Uns fliegt das Klima um die Ohren. Wir brauchen mehr Mut für neue Ideen.“ So for-

dert er etwa, ein neues Ministerium für Energie zu schaffen. Man müsse mehr in die Forschung investieren, um Lösungen für das Speicherproblem zu finden: „Das sind wir der nächsten Generation schuldig.“

„Atomkraft ist out“, betonte Helmut Rüeck, Kreisvorsitzender der CDU in Hall. „Denn Kernkraft ist seit Fukushima nicht mehr durchsetzbar – egal ob man Windräder nun mag oder nicht“. Ein Wandel in der Energiepolitik könne jedoch nicht gegen den Willen der Menschen vor Ort stattfinden. Deshalb wolle die CDU durch eine öffentliche Diskussion ein Meinungsbild der Menschen gewinnen: „Das wird in unsere Politik einfließen.“

Das dürfte schwer werden, denn die Meinungen sind gespalten. „Wir werden nie auf einen Nenner kommen, weil die Kirchberger Gutmenschen die Physik nicht beherrschen“, schimpfte Karl Reichart am

Ende einer hitzigen Debatte. CDU-Mitglied Guy Franquinet drohte sogar, aus der Partei auszutreten, sollte es im Bund zu einer schwarz-grünen Koalition kommen. „Keine Sorge“, beruhigte Kreuzt. Angela Merkel habe sich ohnehin längst als „Klimakanzlerin“ verabschiedet.

## Erneuerbare Energien

**Vorreiter** Erneuerbare Energie aus Wind, Biomasse oder Sonne trägt in Deutschland heute schon 17 Prozent des Strombedarfs und fast elf Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Fünf Mal so viel wie vor rund 20 Jahren.

**Klimaschutz** Laut Bundesregierung soll Ökostrom dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 und bis 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken.